



Rat der  
Europäischen Union

Brüssel, den 4. Oktober 2016  
(OR. en)

12707/16

SOC 576  
EMPL 380  
EDUC 309  
JEUN 66  
ECOFIN 873

#### VERMERK

---

Absender:           Vorsitz  
Empfänger:        Delegationen

---

Betr.:               Sicherung der Zukunft der Jugendgarantie

---

Die Delegationen erhalten anbei einen Vermerk des Vorsitzes zum oben genannten Thema im Hinblick auf die während des Mittagessens stattfindende Aussprache des Rates (Beschäftigung, Sozialpolitik, Gesundheit und Verbraucherschutz) am 13. Oktober 2016.

---

# Sicherung der Zukunft der Jugendgarantie

Rat (Beschäftigung, Sozialpolitik, Gesundheit und Verbraucherschutz) – 13. Oktober 2016

Aussprache während des Mittagessens

## Kontext

Die Förderung der Jugendbeschäftigung stellte in den letzten Jahren eine Priorität für die EU und ihre Mitgliedstaaten dar. Angesichts der negativen Auswirkungen der Wirtschafts- und Finanzkrise auf die Jugendarbeitslosigkeit, die bereits vor der Krise im Vergleich zur allgemeinen Arbeitslosenquote hoch war, ist und bleibt dieser Schwerpunkt eine politische und wirtschaftliche Notwendigkeit. In einigen Mitgliedstaaten sind die Arbeitslosenquoten nach wie vor alarmierend.

Aus der leichten Verbesserung der wirtschaftlichen Lage in den letzten beiden Jahren hat sich eine etwas günstigere Situation für junge Arbeitslose (Altersgruppe 15-24) ergeben. Obwohl derzeit alle Mitgliedstaaten Jugendarbeitslosenquoten haben, die unter ihrem jüngsten Höchststand liegen, bleiben die Gesamtzahlen beunruhigend, wobei bestimmte Gruppen besonderen Anlass zur Sorge geben. Tatsächlich bedeutet Jugendarbeitslosigkeit in erster Linie ein Problem für die einzelnen Betroffenen; sie führt zu einem Abbau ihrer erworbenen Fertigkeiten und allgemeinen menschlichen Fähigkeiten und wirkt sich wirtschaftlich und psychologisch dementsprechend nachteilig aus.

Zudem sind auch die Auswirkungen auf Wirtschaft und Gesellschaft erheblich. Durch die Abkopplung junger Menschen vom Arbeitsmarkt und/oder dem Bildungswesen entstehen große wirtschaftliche Schäden. In alternden Gesellschaften erfordert die Nachhaltigkeit der Sozialsysteme eine breite Unterstützung durch die erwerbstätige Bevölkerung. Längere Phasen der Arbeitslosigkeit in jungen Jahren können auch negative soziale Folgen – einschließlich sozialer Ausgrenzung – haben.

## Politische Maßnahmen

In den letzten Jahren haben die Mitgliedstaaten Reformen durchgeführt und Aktionen umgesetzt, die auf eine Verbesserung der Lage auf den Arbeitsmärkten – einschließlich der Situation besonders gefährdeter Gruppen wie junge Arbeitslose – abzielen. Auch auf EU-Ebene sind zahlreiche politische Maßnahmen ergriffen worden, um die Mitgliedstaaten bei ihren Bemühungen zu unterstützen.

Am 22. April 2013 hat der Rat die Empfehlung zur Einführung einer Jugendgarantie<sup>1</sup> angenommen. Um die Jugendgarantieprogramme zu unterstützen und die Jugendarbeitslosigkeit insgesamt anzugehen, hat sich der Europäische Rat auf seiner Tagung vom 7./8. Februar 2013 auf eine Finanzausstattung in Höhe von 6 Mrd. EUR für den Zeitraum 2014-2020 für die Beschäftigungsinitiative für Jugendliche geeinigt. Der Europäische Rat sprach sich später für eine vorgezogene Mittelbereitstellung 2014 und 2015 aus, um eine rasche und umfangreiche Mobilisierung von Maßnahmen für junge Menschen zu ermöglichen. 2015 einigten sich die Mitgesetzgeber darauf, die ESF-Verordnung zu ändern, um den ersten Vorschuss aus der besonderen Mittelzuweisung zugunsten der Beschäftigungsinitiative für junge Menschen zu erhöhen.

Die Beschäftigung junger Menschen war auch in den länderspezifischen Empfehlungen, die an eine Reihe von Mitgliedstaaten – insbesondere an jene mit den höchsten Jugendarbeitslosigkeitsquoten – gerichtet wurden, ein zentrales Thema. Das Europäische Semester 2016 stellte keine Ausnahme dar, obwohl die Anzahl der länderspezifischen Empfehlungen zur Jugendpolitik geringer war als in den Vorjahren. Der Beschäftigungsausschuss hat die Umsetzung der Empfehlung für eine Jugendgarantie im Rahmen der multilateralen Überwachung beobachtet. Weitere Initiativen und Maßnahmen sind beispielsweise die Europäische Ausbildungsallianz, der Qualitätsrahmen für Praktika, die Unterstützung für junges Unternehmertum und freiwillige Mobilität innerhalb der EU im Rahmen des Europäischen Programms für Beschäftigung und soziale Innovation (EaSI) sowie Initiativen zur Förderung von Kompetenzen wie die jüngst vorgestellte neue europäische Agenda für Kompetenzen.

---

<sup>1</sup> ABl. C 120 vom 26. April 2013, S. 1.

## Lage und Ausblick

Das Kernproblem bleibt jedoch trotz großer politischer Aufmerksamkeit und vermehrten Anstrengungen zu seiner Lösung bestehen: Die Jugendarbeitslosigkeit ist nach wie vor zu hoch, auch wenn sie in letzter Zeit etwas zurückgegangen ist. Die politischen Maßnahmen sollten fortgeführt und ihre Wirksamkeit erhöht werden. Gleichzeitig müssen Investitionen und die Wirtschafts- und Fiskalpolitik das Wachstum und die Schaffung von Arbeitsplätzen unterstützen, um eine echte Verbesserung bei der Beschäftigung junger Menschen zu erzielen.

Nach Einrichtung der Jugendgarantie und der Beschäftigungsinitiative für junge Menschen forderte der Europäische Rat im Juni 2013 die Kommission auf, 2016 über die Umsetzung der Jugendgarantie und die Durchführung der Beschäftigungsinitiative für junge Menschen Bericht zu erstatten. Der Bericht der Kommission über die Umsetzung der Jugendgarantie/Beschäftigungsinitiative für junge Menschen wurde kürzlich veröffentlicht<sup>2</sup>. Es wird vorgeschlagen, die Beschäftigungsinitiative für junge Menschen für den restlichen Zeitraum des derzeitigen MFR bis 2020 zu verlängern.

Vor diesem Hintergrund werden die Minister ersucht, sich zu folgenden Fragen zu äußern:

- 1. Welches sind die größten Herausforderungen, mit denen die Mitgliedstaaten bei der Umsetzung der Jugendgarantie konfrontiert sind? Welche Art von Unterstützungsmaßnahmen werden auf der Ebene der EU und der Mitgliedstaaten benötigt, um die wichtigsten Herausforderungen in Angriff zu nehmen?*
- 2. Sind Sie der Ansicht, dass sich die Beschäftigungsinitiative für junge Menschen als nützliches Finanzierungsinstrument für Jugendbeschäftigungsstrategien und insbesondere für das Funktionieren der Jugendgarantie erwiesen hat? Halten Sie es zur Bewältigung der noch vor uns liegenden Herausforderungen für erforderlich, dieses Instrument zu verlängern? Wenn ja, und vor dem Hintergrund des Kommissionsvorschlags für eine Verlängerung: Was schlagen Sie vor, um die Funktionsweise des Instruments zu verbessern?*

---

<sup>2</sup> Dok. 12749/16.